

Kalinová, Lenka: Východiska, očekávání a realita poválečné doby. K dějinám české společnosti v letech 1945-1948 [Ausgangslagen, Erwartungen und Realität der Nachkriegszeit. Zur Geschichte der tschechischen Gesellschaft in den Jahren 1945-1948].

Ústav pro soudobé dějiny AV ČR, Praha 2004, 119 S. (Česká společnost po roce 1945, 1).

Die bisherige historiographische Aufarbeitung der kommunistischen Ära der Tschechoslowakei ist in der Tschechischen Republik (wie offensichtlich auch in der Slowakischen Republik) mit einer gewissen Selbstverständlichkeit ganz überwiegend in politikgeschichtlichen Bahnen verlaufen. Mit der nun vom Prager Ústav pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte) eröffneten Reihe „Česká společnost po roce 1945“ (Die tschechische Gesellschaft nach dem Jahr 1945) deutet sich die Bereitschaft zu einem konzeptionellen Wandel der Zeitgeschichte in Richtung „Gesellschaftsgeschichte“ an, dessen Erfolgchancen vorerst zwar schwer abzuschätzen sind, der jedoch offensichtlich aus einem zunehmenden Unbehagen an den bislang dominierenden Forschungsstrategien kommt, und dies nicht nur bei den Historikern, sondern auch bei Politologen, Soziologen und Ökonomen: Wenn man etwas Grundlegendes über die Beziehung der Gesellschaft (und der verschiedenen sozialen Klassen) zum tschechoslowakischen Staatssozialismus sagen wolle, genüge es nicht, den „Machtmechanismus des kommunistischen Regimes“ zu analysieren, heißt es im Vorwort zu der neuen Reihe (S. 5 f.), das der Direktor des Ústav pro soudobé dějiny, Oldřich Tůma, geschrieben hat und das mit einem Aufruf zu interdisziplinären Aktivitäten bei der Untersuchung der gesellschaftlichen Entwicklung unter dem tschechoslowakischen „Realsozialismus“ schließt.

Die Studie von Lenka Kalinová über die Nachkriegsjahre der Tschechoslowakei vor der kommunistischen Machtübernahme ist verdientvoll im Sinne einer historiographischen „Entprovinzialisierung“ dieser Periode, der die Geschichtsschreibung – als dem Ausgangspunkt und Vorfeld des Februarumsturzes 1948 und der nachfolgenden Etablierung des Staatssozialismus sowjetischer Provenienz – aus unterschiedlichen Blickwinkeln immer besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat. Die Verfasserin stellt die mit dem Kaschauer Regierungsprogramm (April 1945) programmatisch vollzogene Wende zur tschechoslowakischen Volksdemokratie ganz entschieden und vorrangig in den gesamteuropäischen Zusammenhang der sich bereits während des Zweiten Weltkrieges anbahnenden praktisch-politischen Rückversicherung gegen die wirtschaftlichen und sozialen Verwüstungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und damit in den Kontext der europaweiten For-

mierung bzw. Festigung des Sozialstaats. Wenn man so will: Die „Drahtzieher“ sind nicht Stalin, Gottwald und Beneš, sondern der New Deal, Keynes und Beveridge. Mit der gelungen dargestellten Einbettung in den ökonomischen und gesellschaftspolitischen mainstream der frühen Nachkriegsjahre, die den gesellschaftlich-politischen Besonderheiten des tschechoslowakischen Falles durchaus Rechnung trägt, das nationale Moment aber nicht, wie in der Literatur üblich, als den eigentlich entscheidenden Bedingungsfaktor gelten lassen will, werden implizit, teils auch ausdrücklich eine ganze Reihe der früheren oder heute noch gängigen Interpretationsmuster des Untersuchungszeitraums beerdigt. Selbstredend gehört dazu auch der in der kommunistischen Ära kanonisierte Topos von der „nationalen und demokratischen Revolution“ zwischen 1945 und 1948, die sich unter der Ägide der KPTsch im Einklang mit der teleologisch gerichteten Aufwärtsbewegung des Sozialismus vollzog. Ebenso wird freilich der letzte Nagel in den Sarg einer Interpretation getrieben, die ihre Konjunktur vor allem im Kalten Krieg auf westlicher Seite (und im tschechoslowakischen historiographischen Dissens) hatte: Danach war der Februarumsturz 1948 das Resultat einer von langer Hand vorbereiteten, nach einem detaillierten Drehbuch in Szene gesetzten Zersetzungs- und Unterwanderungsstrategie, deren Erfolg vor allem auf politischer Camouflage, Geheimdienstcoups, Einschüchterung und Terror beruhte. Den dünnen Ertrag dieser Gattung, aus der am Ende eine Art Spezialwissenschaft von den kommunistischen take-overs hervorgegangen ist, können wir daran ablesen, dass sich ein großer Teil der einschlägigen Literatur bis heute vor allem auf das Lamentieren über die politische Moral von Kommunisten kapriziert. Kalinová hält schließlich auch nicht allzu viel von dem Konzept des „nationalen Weges zum Sozialismus“, das den Zeitraum 1945-1948 während der tschechoslowakischen Reformbewegung der späten 1960er Jahre zu einer eigenständigen gesellschaftlichen Formation und zum libertären Gegenbild des orthodoxen Staatssozialismus nach 1948 stilisierte: Eines ihrer grundsätzlichen Argumente in diesem Zusammenhang ist, dass sich die strukturellen Mängel des ökonomischen Systems nach der kommunistischen Machtübernahme bereits vor 1948 deutlich abzeichneten (S. 108).

Während Kalinová energisch reinen Tisch macht, was die Globalinterpretationen der frühen Nachkriegsjahre der Tschechoslowakei betrifft, ist ihr gesellschaftsgeschichtlicher Ansatz weniger resolut. Dazu einige knappe Anmerkungen, beschränkt auf das mir aus eigener Forschung bekannte Beispiel der Arbeiterschaft.

Kalinová, selbst Wirtschaftswissenschaftlerin, richtet ihr Augenmerk in erster Linie auf die Effizienz des ökonomischen Systems, das die Leistungsfähigkeit des sozialen Systems, also das Ausmaß der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung qua Sozialpolitik gewährleistet. Damit konzentriert sich ihr Konzept von Gesellschaftsgeschichte auf ein challenge/response-Muster zwischen sozialen (und anderen) Interessenlagen und den institutionellen Rahmenbedingungen. Dieser Interpretationsvorschlag ist beispielsweise für die DDR schon im Ansatz durchgespielt worden,¹ hat aber in unserem Fall seine Tücken.

¹ Lepsius, M. Rainer: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte

Es ergibt sich aus dem Glanz, den das Jahr 1968 traditionellerweise im Rahmen der kommunistischen Ära in der Tschechoslowakei genießt, dass die Geschichtsschreibung allzu umstandslos, wie ich finde, dazu tendiert, für 1968 auch flexiblere und angemessenere Formen der Vermittlung gesellschaftlicher Interessen in die Institutionenordnung, d.h. in die Macht- und Entscheidungsarenen anzunehmen. Im Ausblick auf die Entwicklung über 1948 hinaus postuliert Kalinová dies für die betriebliche Mitbestimmung über die Betriebsräte bzw. die Betriebsausschüsse des ROH: Erst 1968 sei versucht worden, ihre Machtposition wiederherzustellen, die sie unmittelbar nach dem Krieg besessen und nach der kommunistischen Machtübernahme sukzessive verloren hatten (S. 104). An diesem Punkt wird deutlich, dass sich die Bewegungslogik der Gesellschaft durchaus nicht in einem Interpretationsschema unterbringen lässt, das 1968 als den Olymp der Partizipationschancen der Bevölkerung in einem sich wandelnden kommunistischen System unterstellt. Permanenter industrial unrest der Industriearbeiterschaft (Streiks, Unruhen) in den frühen 1950er Jahren zwang die kommunistische Partei bereits in ihrer „hochstalinistischen“ Phase (1948-1953) zu so großen Zugeständnissen in der Frage freier Wahlen zu den betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen, dass diese spätestens in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre repräsentative Vertretungsorgane der Belegschaften darstellten.² Den Höhepunkt ihrer Macht erreichten sie mit dem Gesetz Nr. 37/1959 über die Stellung der Betriebsausschüsse des ROH, wonach die Betriebsleitung rechtsverbindliche Maßnahmen im Bereich der Leistungsnormen und allgemeinen Arbeitsverhältnisse, der Löhne und Prämien nur mit Zustimmung der Betriebsausschüsse des ROH treffen konnte. Seit 1965 wurden speziell die Bestimmungen dieses Gesetzes wie die Position der Betriebsausschüsse überhaupt unter dem Druck der Wirtschaftsreform aufgeweicht, wobei sich vor allem die Staatliche Lohnkommission als Vorreiterin der Privilegierung des industriellen Managements auf Kosten der Einflusschancen der Arbeiter hervortat. Die „Werktätigenräte“ des Jahres 1968, die Kalinová bei ihrem Ausblick auf die langfristige Entwicklung im Auge hat, waren – mehr wollten die „modernisierenden“ Wirtschaftsexperten nicht zugestehen – eher managerielle Hilfsorgane als wirkungsvolle betriebliche gewerkschaftliche Interessenvertretungen, die reale Partizipation ermöglichten. Das Programm der Räte, das sehr stark auf Lohndifferenzierung setzte und der seit 1945 herrschenden Nivellierung der Löhne den Kampf ansagte, fand bei der Mehrheit der Arbeiterschaft keine Resonanz.

Der Systemwandel auf der institutionellen Ebene musste also keineswegs – selbst wenn man nur den Punkt der lohnpolitischen Nivellierung (und seine sozialen und politischen Implikationen) heranzieht – Konvergenz mit dem Selbstverständnis und den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der sozialen Großgruppe der Arbeiter bedeuten. Man kommt der Eigenlogik der Entwicklung dieser Großgruppe auch

der DDR. In: *Kaelble*, Hartmut/*Kocka*, Jürgen/*Zwahr*, Hartmut (Hgg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, 17-30.

² *Heumos*, Peter: Stalinismus in der Tschechoslowakei. Forschungslage und sozialgeschichtliche Anmerkungen am Beispiel der Industriearbeiterschaft. In: *Journal of Modern European History* 2 (2004) H. 1, 82-109.

nicht näher, wenn man – um bei unserem Beispiel zu bleiben – lohnpolitische Nivellierung primär unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet und mit der sich früh, d. h. schon vor 1948 abzeichnenden Leistungsschwäche der (verstaatlichten) Industrie in Zusammenhang bringt (S. 107). Die geringe Differenzierung der Löhne der Arbeiter war – wie etwa auch in der DDR – der entscheidende Garant ihrer starken Stellung im Produktionsprozess,³ und diese wiederum ließ sich in der Tschechoslowakei nicht trennen von dem Anspruch der Arbeiter auf Teilhabe an der Verwaltung der Betriebe, die sie sich schon in den volksdemokratischen „Gründerjahren“ erkämpften. Umgekehrt waren sich die Arbeiter sehr wohl bewusst, dass die Differenzierung der Löhne das wirksamste Mittel bildete, um sie den staatssozialistischen Herrschaftsstrategien auszuliefern, und ihr Argument gegen die ersten Ansätze einer differenzierenden Lohnpolitik im Zuge der Wirtschaftsreform der 1960er Jahre war denn auch, dass sich nun – zunächst auf betrieblicher Ebene – die „Ellenbogengesellschaft“ wieder zu etablieren beginne.

Mit diesen wenigen Bemerkungen, die nur einen, aber konzeptionell wichtigen Aspekt der Untersuchung herausgreifen, soll lediglich angedeutet werden, dass die Gesellschaftsgeschichte der kommunistischen Ära in der Tschechoslowakei eine ordentliche Portion grass-roots-Geschichte gut vertragen könnte, und dies übrigens auch auf Kosten ihrer traditionellen „Überintellektualisierung“, d. h. der Neigung, vor allem die Intellektuellen als die (vermeintlich) maßgebenden Interpreten der gesellschaftlichen Entwicklung zu Wort kommen zu lassen (S. 87-95). Die tschechischen und slowakischen Arbeiter waren unter dem Kommunismus durchaus Gesprächig, wie uns die Quellen zuhauf vor Augen führen, und es gibt kaum ein Thema, das sie nicht in meistens zitierfähiger Weise kommentiert hätten.

Wegweisend bleibt die Studie Kalinová allemal. Sie führt mit einsichtigen Argumenten aus der national begrenzten Perspektive heraus und setzt – bei allen Einwänden, die aus der Sicht eines anderen historiographischen Milieus natürlich stets leicht fallen – methodische Maßstäbe, denen die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer Gesellschaftsgeschichte der tschechoslowakischen staatssozialistischen Periode erst noch genügen müssen.

³ Ders.: „Wenn sie sieben Turbinen schaffen, kommt die Musik“. Sozialistische Arbeitsinitiativen und egalitaristische Defensive in tschechoslowakischen Industriebetrieben und Bergwerken 1945-1965. In: *Brenner, Christiane/Heumos, Peter* (Hgg.): *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948-1968*. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 22. bis 24. November 2002. München 2005, 133-177 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 27).